

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale

Abgabe täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage... Preis pro Stück 0,40 M., monatlich 1,20 M., Einzelnummer 10 Pf.

Mit den Gratisbeilagen: 'Der Rote Stern', 'Der kommunistische Gewerkschafter', 'Rote Hilfe', 'Die Kommunistin', 'Der Genossenschaftler', 'Erbhüne', 'Der Jungprolet'

Verlag: Berlin, Unter den Eichen 10, Telefon: 9000... Druck: Berlin, Unter den Eichen 10, Telefon: 9000

Monarchistenumtriebe in Bayern!

'Kronprinz' Rupprechts Umfrage

Die bürgerliche 'Frankfurter Zeitung' vom 9. November erhält von bayerischer Seite folgende Informationen: 'Die beiden hervorragendsten Berater des Kronprinzen Rupprecht, sein Kabinettschef Graf von Soden-Fraunhofen...

wie man sich verhalten werde, wenn Kronprinz Rupprecht in naher Zeit veranlaßt werde, die Gewalt zu übernehmen?

Die Frage wurde damit motiviert, daß die Verhältnisse in Bayern seit der letzten Erschütterung im November 1923 unverkennbar sich gefestigt und beruhigt haben. Es sei nicht zu übersehen, daß das Volk in allen seinen persönlichen Sorgen Gefahr laufe, mit dem Bestehenden sich zufrieden abzufinden...

Die bayerische Regierung hat, nach der 'Frankfurter Zeitung', diesen Vorschlag abgelehnt, bisher aber vergessen, den 'Kabinettschef' Rupprechts und den General Mühl verhaften zu lassen oder gegen sie vorzugehen.

Die Berliner Presse äußert sich vorläufig sehr zurückhaltend. Die deutschnationalen Organe bringen überhaupt keine Mitteilung, ebenso geht das Organ Stresemanns, die 'Tägliche Rundschau' über die Sache mit Stillschweigen hinweg. Das 'Berliner Tageblatt' schreibt: 'Gewiß ist es sehr erfreulich, daß die Herren Graf Soden und General Mühl die Güte hatten, von ihren Hochverratsplänen die maßgebenden bayerischen Behörden vorher in Kenntnis zu setzen...

Sie fordern Rückkehr zur Monarchie

(Sig. Drahtb.) Berlin, 10. November. Die Vertreterversammlung der Konservativen Partei (eine Extra-Organisation innerhalb der Deutschnationalen) nahm nach Ansprachen Bestarps und des Januschauerz eine Entschließung an, in der u. a. gefordert wird: 'Wiedertutmachung des an unsieren angestammten Fürsten begangenen Verbrechens und der Rückkehr zur Monarchie.'

Der Landbund droht mit Produktionsfabotage!

(Sig. Drahtb.) Berlin, 10. November. Vor einigen Tagen hatte die landwirtsch. 'Deutsche Tageszeitung' die Forderung ausgegeben: Entweder ausreichende langfristige Staatskredite für die Großagrarier oder Extensivierung der Landwirtschaft, das heißt organisierte Sabotage der Agrarproduktion. In Nr. 528 desselben Blattes führt der Präsident des Reichslandbundes, Graf Kallreuth, die junkerliche Kampagne gegen die Volksmassen weiter. Er verlangt nicht mehr und nicht weniger als die Aufhebung einer 'Reisernährung an. i. e.' durch den Staat, wodurch nach dem Vorbild der Kriegsanleihen aus den Taschen der Volksmassen 'erhebliche Summen' herausgehoben und den Junkern als Kredit zugeleitet werden sollen. Das Agrarkapital braucht

unbedingt langfristige Realkredite, damit 'die eingefrorene Ernte bewegt werden', das heißt zu erhöhten Preisen abgesetzt werden könne und die Ausbildungsmaschine weiterlaufe. Die gegenwärtigen Preisverhältnisse seien 'naturwidrig', das heißt zu wenig rentabel. Kallreuth droht, für den Fall, daß man den Junkern keine öffentlichen Mittel zur Verfügung stellt, extensive Wirtschaft an, also Produktionsfabotage und erklärt fastschmeizig: 'Dann gibt es wirklich 20 Millionen Deutsche wieviel in der Welt' (!).

In einer Landbünderversammlung zu Rostock hat dieser Tage der mecklenburgische Großgrundbesitzer Titus Thinius gesprochen. Die Großagrarier seien 'bisher geduldig wie Schafe gewesen, aber jetzt erwache die Bestie!'

Löbes Rückkehr Reichstagszusammentritt erst Ende November

(Sig. Drahtb.) Berlin, 10. November. Loeb ist nach seiner Rückkehr von Amerika zu einer Zusammenkunft mit Hindenburg und Luther sofort nach Berlin gefahren; zusammen mit den sozialdemokratischen Abgeordneten Hildebrandt und Frau Schröder. Er erklärte auf Befragen, daß vor Stattfinden der Parteitage der Demokraten und des Zentrums keine Einberufung des Reichstags stattfinden könne und nannte als höchsten Datum Ende November. Er sprach sich für die Große Koalition aus, erklärte aber die gegenwärtigen Aussichten für ihre Verwirklichung für schlecht. Der Reichstagsrat des Reichstags ist für übermorgen, Donnerstag, einberufen worden.

Vom Tage

Beim Streik der Breslauer Brauereiarbeiter ist auf Ansuchen der Unternehmer die letzte Nothilfe, in Stärke von 100 Mann, eingesetzt worden. Sie verrichtet unter Schupfahz Streikbrecherarbeit.

Der Mecklenburg-Schweriner Landtag verabschiedete in dieser Woche in allen drei Lesungen eine sogenannte 'Verwaltungsreform', die unter großem Bruch der Landesverfassung Vereinfachung der Selbstverwaltung der Kommunen bedeutet.

Kunze soll der ehemalige Reichstagsler Dr. Wirth wieder in die Zentrumsfraktion zurückführen, nachdem sein Bluff auf die Arbeiter des Zentrums gewirkt hat.

Gestern begann in Hannover das Wiederaufnahmeverfahren gegen den Arbeiter Stanz, den der Massenmörder Haarmann zunächst belastete und später als unschuldig befreite.

Die britische konservative Regierung zeigte ihren antileibschweislichen Charakter am achten Jahrestage der Revolution, indem sie den offiziellen Feiern der Hochzeit fernblieb.

In den nächsten Tagen treten in Odessa russische, rumänische und polnische Regierungsbereiter zusammen, um über einen Handelsvertrag und die beharabische Krage zu verhandeln.

Die neuesten Enthüllungen der italienischen Presse bestätigen, daß das Attentat auf Mussolini nur ein Spitzelmachwerk ist.

Der Aufsichtsrat der Bank von Polen hat eine zweite Ueberschreitung des statutenmäßig zulässigen Staatskredits von 13 Millionen Zloty festgestellt.

In der Nacht zu Montag veruchte eine auffällige Druselengruppe das Osttor von Damaskus zu überfallen. Sie wurde zurückgeschlagen.

Die englandfreundliche kanadische Regierung ist wegen des Wahlergebnisses, das für sie eine Niederlage bedeutete, zurückgetreten.

Die Pefinger Einigungsverhandlungen zwischen Elchang Sokin und Fongjiana sind ergebnislos verlaufen, so daß ein Kampf zwischen ihnen bevorsteht.

Der achte Jahrestag eines Dolchstoßes!

Waffenliste führender Sozialdemokraten Zum diesjährigen Jahrestag der Novemberrevolution, der zusammenfiel mit dem sogenannten Münchener Dolchstoßprozeß setzten die gesamte sozialdemokratische Presse über das 'Märchen vom Dolchstoß'. Und sie hat recht! Nachfolgende stellt die eidliche Aussagen ihrer Führer zeigen, daß die sozialdemokratischen Verräter nicht die kaiserliche Front des Völkermordens, sondern die rote Front der Novemberrevolution von hinten erschossen haben. (Die Red.)

'Um die Monarchie zu retten'

Bei einer Sitzung am 6. November, an der Ebert, Scheidemann, David, Braun, Südelum und Legien teilnahmen, sagte Ebert: Die Abdankung des Kaisers ist unumgänglich notwendig, wenn man die Revolution vermeiden will. Der Kaiser müsse sofort abdanken. Eine Regentschaft des Kronprinzen ist augenblicklich unmöglich, es müßte einer der anderen Kaiserthroner sein. Den ältesten Sohn des Kronprinzen die Regentschaft führen. (Eidliche Aussagen des Generals Gröner in dem Münchener Dolchstoßprozeß am 29. Oktober 1925.)

'Ich habe Prinz Max von Baden gegenüber erklärt: Wenn Sie, der Sie auf dem Boden der Monarchie stehen, die Monarchie halten wollen, dann müssen Sie jetzt den Kaiser zum Rücktritt bewegen. Denn kommt es zum Zusammenbruch, dann wird das ausgegibt: 'Wollt sich nicht mit der Rücktrittsforderung begnügen, sondern es wird die Abschaffung der Monarchie verlangen.' Ich verweise dabei auf die Schrift des Grafen Bruns, in der es heißt: 'Scheidemann trieb durch aus nicht zur Revolution, er stellte aber die Abdankung des Kaisers als conditio sine qua non hin, wenn die Monarchie erhalten bleiben sollte.' (Eidliche Aussagen Grönners in dem Prozess wegen des Attentats auf ihn am 6. Dezember 1922.)

Nachdem es sich nicht mehr ändern ließ'

Nachdem es sich nun nicht mehr ändern ließ, stellten sich die Sozialdemokraten an die Spitze der Revolution und erarbeiteten sich um Deutschland das große Verdienst, den sozialistischen Klassenstaat zu verhindern. (August Müller am 20. Dezember 1922.)

'Eberts geheime Verschwörung gegen die Revolution'

Am 10. November stand die OGH vor der Entschcheidung, was sie tun sollte. Ich schlug dem Marschall (Hindenburg) vor, ein Bündnis mit der Mehrheitssozialdemokratie zu schließen. Das war dem alten Marschall keine 'sympathische Lösung, aber da er die Notwendigkeit einsah, verstand er sich dazu. Am 10. November abends habe ich telephonisch ein Bündnis geschlossen mit dem Volksbeauftragten Ebert zu gemeinsamer Bekämpfung der Revolution. Wir haben gemeinsam - und ich rechne mir das zu meinem Verdienste an - von Anfang an die Revolution bekämpft, und zwar nach meiner Initiative und mit meiner Zielsetzung und mit all den Mitteln, die ich zur Bekämpfung der Revolution für geeignet hielt. (Eidliche Aussagen Grönners im Münchener Dolchstoßprozeß.)

Ebert ruft die kaiserlichen Truppen zur 'Säuberung'

Vom 10. November an war unser nächstes Ziel, in Berlin den Arbeiter- und Soldatenräten die Gewalt zu entreißen. Deshalb planten wir den militärischen Einsatz von zehn Divisionen in Berlin. Die unabhängigen Mitglieder des Volksbeauftragten-Kabinetts forderten, daß die Truppen ohne scharfe Munition einrückten. Ebert hat dann durchgesetzt, daß die Truppen mit scharfer Munition einrückten. Die Säuberung Berlins war nach einem festen Plan ausgearbeitet. Alles war auf das genaueste mit Ebert besprochen. (Eidliche Aussagen des Generals Gröner in dem Münchener Prozess.)

Dabei aber läugerliche Phrasen

Indem die Partei ihre Einseitigkeit ausdrückt, die Errungenschaften der Revolution gegen alle gegenrevolutionären Bestrebungen bis auf letzte zu verteidigen, fordert sie die gleichzeitige Einberufung der Nationalversammlung. (Beschluß des Parteiausschusses der SPD, zu dem auch Ebert gehörte, vom 28. November 1918.)

Um die sozialen Erfolge der Revolution brauchen die Arbeiter nicht besorgt zu sein. (Aus der Rede des Volksbeauftragten Ebert am 1. Dezember 1918.)

Deutsche Arbeiter! Versteht Ihr nun, warum es zu einer Hindenburg-Republik kommen mußte? Warum die Monarchisten in Meer, Verwaltung und Justiz triumphieren? Warum Junker und Großkapitalisten im Besitz der politischen Macht sind? Weil die sozialdemokratischen Führer, die sich als 'Demokratie-Freunde' hinstellten, die Arbeiterfront von hinten erschossen haben!

Der amerikanische Gewerkschaftskongress Die Attade gegen den Weltkommunismus

Der Kongress der amerikanischen Gewerkschaften fand Anfang Oktober in dem hyperleganten Badeort Atlantic City statt. Seine Bedeutung für die Arbeiterbewegung ist einfach zu charakterisieren: sein Hauptinhalt hemmungslos kommunistische, ein Zeichen für die Ausbreitung des Kommunismus unter der amerikanischen Arbeiterschaft, welche die Kleinherrschaft der gelben Führer bedroht.

Die Vorgänge auf dem Labourkongress in Liverpool haben den amerikanischen Kongress zweifellos stark beeinflusst. Green, der Agent, welchen die amerikanischen Kapitalisten an die Stelle von Campers gesetzt haben, erklärte: „Ich bin nicht sicher, ob der Kongress von Liverpool nicht besser die Stimmung der englischen Arbeiter zum Ausdruck brachte als der von Scarborough.“

Den Geist des Kongresses kennzeichnet die Tatsache, daß die Vertreter kommunistischer Zeitungen zur Berichterstattung nicht zugelassen wurden, während der bürgerlichen Presse jedes Entgegenkommen bewiesen wurde. Der Tätigkeitsbericht: eine nicht endenwährende Kette von Aktionen gegen alles, was in der Arbeiterbewegung nur ein wenig fortgeschritten ist. Die Arbeiter haben ihre — freilich falsche — Konsequenz aus der halb-fachschichtlichen Haltung ihrer Führer gezogen. Während 1920 der Gewerkschaftsverband 4078799 Mitglieder zählte, ist die Zahl in diesem Jahre auf 2878297 gesunken. Ein Umstand noch, der den Aufgabebereich zeigt, den sich der amerikanische Gewerkschaftsbund stellt: in der Vermögensaufstellung erscheinen 40 Millionen Dollar „Befreiungsanleihe“ der Vereinigten Staaten und 15 000 Dollar lanabische „Siegesanleihe“; der Vorwurf des Pazifismus jedenfalls ist unberechtigt.

Zwei europäische Gewerkschaftsverbände hatten Vertreter entsandt: England Purcell und Smith, Deutschland Tarnow. Die Kapitalistenpresse tobte gegen die Engländer und verlangte ihre Ausweisung, Tarnow wurde vom Präsidenten Loebdage empfangen und genöß die Gastfreundschaft amerikanischer Millionäre. Dafür wetteilte er auf die Kommunisten und rühmte die deutsche Demokratie und den Dawespakt.

Mit Begeisterung und Kraft sprach Purcell über die internationale Gewerkschaftseinheit: „Macht es so wie wir! Schickt eine amerikanische Gewerkschaftsdelegation nach Rußland! Ich bin in Manchester und London, in Paris, Berlin, Wien, in Amsterdam und Moskau gewesen. Ich habe in Kundgebungen von Millionen von Arbeitern teilgenommen. Ich habe Verbindung mit Arbeiterführern aller Richtungen, ich habe den Massen in allen Ländern ein wenig den Puls gefühlt. Ich habe gesehen, daß in der alten Welt eine ungeheure Macht wächst, eine tiefe Bruderschaft der Arbeit, eine Weltmacht, die eine neue Welt schaffen wird. Diese Kraft kommt langsam, doch ist sie zerplittert; deshalb ruft ich euch auf, amerikanische Arbeiter: Schließt euch der Einheitsfront der Arbeit an! Wie eure Regierung, eure Trusts überall in der Welt Vertreter haben, so schafft auch ihre internationale Vertreter eurer Interessen. Ihr habt von Rußland viel zu lernen! Fürchtet euch nicht vor den neuen Ideen! Das amerikanische Volk schreitet allen voran in technischen Erfindungen; in der Annahme neuer sozialer und politischer Gedanken ist es am langsamsten.“

Die Worte Purcells erregten einen Sturm der Entrüstung bei den Kreaturen Greens: „Bring der Roten Gewerkschafts-Internationale diese Volkssache! Die amerikanische Arbeiterbewegung wird sich niemals einer Organisation anschließen, welche die Diktatur des Proletariats predigt. Weichen sie auf dem Kongress, Purcell, und Sie werden sehen, wie die Vorschläge derer aufgenommen werden, welche die Philosophie Moskau anstatt der von Campers vertreten.“

Trotzdem ist die Opposition auf dem Kongress sehr rührig gewesen. Ihre Anträge auf Herstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit, Organisierung von Industrieverbänden, Bildung einer Arbeiterpartei auf der Basis der Gewerkschaften, die alle politischen Arbeiterorganisationen umfaßt, Anerkennung Sowjetrußlands, Bruch mit der Politik der Arbeitsgemeinschaft wurden zwar abgelehnt. Der Sak, mit dem die Agenten der Bourgeoisie den Anträgen jedoch begegneten, zeigt am besten die Furcht vor dem Erwachen des amerikanischen Proletariats.

Warum gibt es in Rußland keine Abtreibungsparagrafen?

In Deutschland liegt ein neues Strafgesetzbuch im Entwurf vor. Auch die bisherigen Paragraphen 218 und 219 finden wir in etwas veränderter Form darin wieder. Sie sollen nicht aufgehoben werden, der deutsche Staat hat auch weiterhin die Absicht, Tausende von Proletarierinnen nicht mehr ins Zuchthaus, sondern nur ins Gefängnis zu stecken.

Anfang September dieses Jahres nahm der deutsche Reichstag in Leipzig ebenfalls Stellung für die Beibehaltung der Paragraphen.

Der Sozialistische Ärzteverein in Berlin ließ auch vor Mitgliedern und Gästen ein Referat über das Thema halten, in dem er besonders scharf den Deutschen Ärztesatz kritisierte. Dr. Bollmann war als Gast auf dieser Tagung, sprach sich wieder für die Beibehaltung der Paragraphen aus und griff Sowjetrußland scharf an, das den besten Beweis dafür liefere, wofür man ohne die Paragraphen komme.

Dr. Goldberg, der Vertreter des russischen Gesundheitsamtes, widerlegte mit ausgezeichneten Argumenten die Behauptungen Dr. Bollmanns. Wir geben an dieser Stelle einiges aus der Rede Dr. Goldbergs wieder:

„Sehen wir nun zur zweiten vom Kollegen Bollmann berührten Frage, zum Wert des § 218 innerhalb Sowjetrußlands über.“

Im sowjetischen Strafgesetzbuch gibt es den § 218 nicht. Das Fehlen eines Paragraphen über die Strafbarkeit einer Schwangerschaftsunterbrechung schließt die Bestrafung für die Ausführung dieser Operation als solche aus. Maßgebend sind nur die konkreten Bedingungen.

Es besteht eine Kommission, die diese Fragen zu regeln hat für alle Bevölkerungsschichten, die dieser Kommission unterliegen. Sie entscheidet, ob eine Schwangerschaftsunterbrechung ausgeführt werden darf und sorgt dann dafür, daß die Schwangere in einer Klinik überwiesen wird. Der Bestrafung unterliegt nicht die vorzeitige Schwangerschaftsunterbrechung, sondern es unterliegen der Bestrafung solche Verordnungen, die unbefugterweise diese Operation ausführen.

Zar und Sowjets

Zum 8. Jahrestag der russischen Revolution

Von Professor Semaschko
(Volkskommissar für Gesundheitspflege)

Die nachfolgenden Ausführungen des Volkskommissars für Gesundheitspflege in Rußland, Professor Semaschko, zeigen den ungeheuren Fortschritt, der in Sowjetrußland auf diesem Gebiet erzielt ist. Dem russischen Proletariat, das trotz Novemberrevolution und „Demokratie“ durch das Verbleiben seiner reformistischen Führer immer tiefer ins Elend verankert, werden diese Erfolge des russischen Proletariats ein Ansporn sein in seinen Kämpfen um die Eroberung der Macht.

Die Gesundheitspflege unter dem Zaren und unter den Sowjets

Unter dem Zaren

1. Klassenmedizin: bessere Medizin für die Reichen, schlechtere für das Proletariat und die Bauernschaft. Vollständige Absperrung der Arbeiter und Bauern von der qualifizierten und lospflichtigen medizinischen Hilfe in Sanatorien und Kurorten u. a.
2. „Anheilung“ der Arbeiter und Bauern, um sie dann zurück in den Strudel der Ausbeutung zu stoßen.
3. Nicht der geringste organisierte Kampf gegen die sozialen Krankheiten: Tuberkulose, Syphilis.
4. Fast vollständiges Ausbleiben solcher für die armen Bevölkerungsteile unentbehrlichen Arten von medizinischer Hilfe, wie der unentgeltlichen Hilfeleistung im Hause des Kranken oder bei Unfällen. Nur in zwei bis drei Städten gab es „zügliche“, d. h. billige, Hausbehandlung (Petersburg, Odessa). Sogar der liberale Stadtrat der reichen Stadt Moskau beriet zehn Jahre lang den Entwurf zur Einführung dieser Fürsorge und kam nicht dazu, sie einzuführen.
5. Ganzliches Fehlen von Fürsorgemaßnahmen zum Schutz der Mutterchaft und der Kindheit. Ungeheure Kindersterblichkeit (25 Prozent der Kinder im ersten Lebensjahr).
6. Absolute hygienische Ignoranz. Den zaristischen Beamten war die hygienische Volksbelehrung untersagt. Verfolgung der Ärzte wegen hygienischer Volksaufklärung. Weite Ausbreitung von Milieukrankheiten (außergeräthliche Syphilis, Trachom, Stabies, Tabus usw.) infolge der hygienischen Ignoranz.
7. Die ganze Organisation der Gesundheitsfürsorge ist auf der Vormundschaft des Zaren und der Bourgeoisie über die Bevölkerung aufgebaut. Mangel jeglicher Selbsttätigkeit der Bevölkerung im Interesse der Fürsorge um ihre Gesundheit.
8. Zersplitterung der medizinischen Organisation. Unfachmännische Leitung der Gesundheitspflege. Die medizinischen Angelegenheiten wurden von Polizeibeamten in den Städten, von Bögten in den Dörfern, von Offizieren in der Armee befehligt. Durcheinander und Wärr im Medizinwesen. Gedanken, daß Geheimpolizisten streng darauf achten, daß der

Das Ergebnis: Herabsetzung der Kindersterblichkeit, Erhöhung des Zuwachses der Bevölkerung. Krasser Rückgang der Kindersterblichkeit. Beginnende Abnahme der Mütterkrankheiten (Tuberkulose, Syphilis). Hebung des Interesses der Bevölkerung für die Fürsorge um ihre Gesundheit. Lebhaftige Beteiligung der Bevölkerung selbst an der Gesundheitspflege. — Breite, hygienische Volksaufklärung. Ummantelnde Verwirklichung der Lösung der sowjetischen Medizin: „Die Fürsorge um die Gesundheit der Bevölkerung muß die Sache der Bevölkerung selbst sein.“

Aborte erlauben, bedeutet noch nicht, sie zu begünstigen. Nicht abstrakte Moral, sondern die durch den neuen Lebenswandel im Sowjetstaat geschaffenen sozialen Bedingungen sind berufen, allmählich ein Gegengift gegen die Aborte ausfindig zu machen. Das sind in erster Linie soziale Maßnahmen, die die Lage der Mutter sicherstellen, und zwar: Arbeitsschutz für arbeitende Frauen einerseits, immer weiter um sich greifende Fürsorge zum Schutz der Mutterchaft und der Säuglinge andererseits.

Aber alle diese Maßnahmen wären nur halbe Maßnahmen, wenn nicht zugleich objektive Bedingungen für die Hebung des persönlichen Bewusstseins der Frau geschaffen worden wären. Erst wenn der Frau ihre wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit gesichert wird, kann sie sich geistig frei entwickeln und wird dann auch dem Manne gegenüber mit selbständigem eigenen Willen auftreten. Es ist die Basis für ein neues Sittlichkeitsniveau geschaffen.

In seiner Auseinandersetzung verfaßt Kollege Bollmann in folgenden Grundfehler: für ihn ist die Geburtsfrage ein Problem an und für sich, er übersieht, daß das Problem der Schwangerschaft in der heutigen Klassengesellschaft nur vom Standpunkt der eben heute herrschenden Klasse bearbeitet wird. Die von dieser Gesellschaft empfohlene Lösung knüpft an die Weltanschauung ihrer Klasse an. Deshalb bleibt dem Kollegen Bollmann auch unsere Lösung unverständlich, die in der ganzen Auffassung des Problems eine Klassenlösung zugunsten der Klasse des Proletariats ist.

Ganz anders wird die Frage von der kommunistischen Partei aufgefaßt und behandelt. Für sie ist der § 218 nicht etwas Losgetrenntes, Selbständiges, von der gesellschaftlichen Struktur Unabhängiges, sondern ist ein Symptom von dieser. Wenn wir deshalb diesen Paragraphen einer kritischen Betrachtung unterwerfen, so tun wir dasselbe in bezug auf den ganzen sozialen Unterbau, der zu den unnormalen Erscheinungen im Sexualleben lehrderrings führt. Wir haben den Abortenparagrafen aus dem Strafbuch gestrichen, um dieses Gebiet des menschlichen Gemeinlebens herauszuretten aus dem Dunkelkreis geheimer Abmachungen mit dem Körper von Menschen, weil solches unzulässig ist in einer Gesellschaft mit planmäßigen Tendenzen.

Unter den Verhältnissen unserer Wirklichkeit können wir nicht an die Frau mit einem Appell, zu gebären, heranzutreten, während wir jährlich bis 2 Millionen Kleinkinder beerdigen. Wir büßen die Frau nicht bei sinnlosen unwirtschaftlichen Vergewaltigung von Lebensenergie aus, sondern damit sie fortlaufend gebäre, begrabe, wieder gebäre, wieder begrabe, wie wir es in jedem Dorfe beobachten. Nicht auf abstrakte Anspornung zum Kindergebären muß unsere Tätigkeit gerichtet sein, sondern auf den Kampf mit der Kin-

1. Klassenmedizin: bevorzugte Versorgung der Arbeiter und Bauern. Bessere Medizin in erster Reihe für die Arbeiter. In den Sanatorien und Kurorten sind 80 Prozent der Betten den Arbeitern und Bauern überlassen.
2. Die Aufgabe: allgemeine Sanierungsmassnahmen, sorgfältige Behandlung der Weiblichen, aber gleichzeitig funktionelle Vorbeugung der Krankheitenverbreitung.
3. Planmäßige Bekämpfung der sozialen Krankheiten in den Städten und auf dem Lande. Dispensarische Bekämpfungsmethode. Ausgiebige Ausmischung der Kurorte für die Bekämpfung der Tuberkulose.
4. Unentgeltliche ärztliche Hilfeleistung im Hause des Kranken und bei Unfällen, nicht bloß in den Gouvernementsstädten, sondern auch in den Bezirksstädten (Kreisstädten).
5. Weitstehende Gesetzgebung betreffend die Frauenarbeit. Institutionen zum Schutz der Mutterchaft und der Kindheit. Es gibt keine einzige größere Fabrik, bei der es keine Einrichtung zum Schutz der Mutterchaft und der Kindheit gäbe. Krippen in den Dörfern während der Sommerarbeiten. Herabsetzung der Kindersterblichkeit, in den meisten Ortschaften bis auf ein Drittel.
6. Breite Entwicklung der hygienischen Volksbelehrung. Nutzbarmachung der modernen Technik für diesen Zweck (Radio, Kino). Neue Formen der hygienischen Aufklärung (inszenierte Gerichtsprozesse). Konsequente Befolgung der Lösung: „ohne hygienische Volksbelehrung gibt es keine sowjetische Medizin“.
7. Obligatorische Heranziehung der Bevölkerung zur Fürsorge um ihre eigene Gesundheit. Anteilnahme der Bevölkerung an der organisatorischen Arbeit aller Krankenhäuser, Ambulanz, Dispensars.
8. Konzentration des ganzen Medizinwesens in einem kompetenten Organ, dem Volkskommissariat für Gesundheitswesen. Zentralisation des gesamten Medizinwesens durch eine einheitliche Leitung.

dersterblichkeit, die ein sinnloses ergebnisloses Vergebens von Kräften ist. Der Appell, zu gebären, wird vergeblich sein, solange nicht geeignete Bedingungen für die Mutterchaft geschaffen sind.

Der Weg, den die Sowjetrepublik eingeschlagen hat, der Weg wirtschaftlicher Wohlfahrt, der Weg einer breiten Ausgestaltung des Schutzes der Mutterchaft und des Säuglings, ist dazu angetan, Bedingungen zu schaffen für eine wahre Kultivierung des Mutterchaftsinstinkts. Auf diesem Wege — und nur auf diesem Wege — kann das „berdammte“ Problem gelöst werden.

Lernen wir, das Lebensrecht der bereits Geborenen zu achten, damit der Schutz der Lebensrechte der noch nicht Geborenen nicht wie Heuchelei klingt!

Worosschilow — Frunses Nachfolger

(Eig. Drahtb.) Moskau, 9. November.

Durch den Beschluß des Präsidiums des Zentralerekutivkomitees der Sowjetunion wurde das Mitglied des revolutionären Kriegsrates Klemens Worosschilow, Kommandierender des Moskauer Militärtriffts, zum Vorsitzenden des revolutionären Kriegsrates und zum Volkskommissar für Krieg und Marine ernannt. Das Mitglied des revolutionären Kriegsrates und Vorsitzender der Sowjetrepublik in Sibirien Laschewitsch wurde zu seinem ersten, Unschlicht zu seinem zweiten Stellvertreter ernannt.

Ueber die Laufbahn des Genossen Worosschilow wird mitgeteilt: Klemens Worosschilow wurde 1881 im Gouvernement Tscheljabinsk in einer armen Bauernfamilie geboren. Als Metallarbeiter schloß er sich 1898 der revolutionären Bewegung an und wurde wiederholt politisch verfolgt. 1904 wurde er in das Zentralkomitee der bolschewistischen Parteigruppe gewählt. 1906 war er Delegierter auf dem Städtolmer Parteitag der russischen Sozialdemokratie und 1907 Organisator der revolutionären Kampftruppen in Südrußland, er wurde deshalb auf drei Jahre nach Archangelsk verbannt, floh aus der Verbannung nach Batu und führte eine engere Gemeinschaft zwischen Kalmik und anderen führenden Bolschewiki herbei. Er beteiligte sich an der aktiven Parteiarbeit bis 1917 und wurde mehrmals verfolgt. 1917 organisierte er die Aufstände der Garberegimenter und befehligte 1918 und 1919 führende militärische Divisionen an der Westfront und Südrfront. Er kommandierte nacheinander die Militärbezirke Charkow, Nordkaukasus und Moskau.

Stimme aus dem Hintergrund

Ein Diskussionsartikel für die oberschlesischen Genossen

Von Werner Karsai

(Vorbemerkung der Redaktion: Wir veröffentlichen diesen Artikel im Einverständnis der Besatzungsleitung und fördern sämtliche Genossen zur Diskussion über die von ihm berührten Fragen auf.) (Fortsetzung.)

V. Die nationale Frage.

Im Saargebiet, im besetzten Rheinland, in den Grenzgebieten, überall erhob sich diese Frage vor der deutschen Partei. Grund genug, sich eingehend mit ihr zu beschäftigen. Denn tatsächlich ist in Oberschlesien der einzige Bezirk, der auf diesem Gebiete eine langjährige und einwandfreie Praxis aufzuweisen hat. Daß die Gesamtpartei hier noch sehr viel lernen muß, zeigt auch der Artikel des Genossen Karsai über die Parteiarbeit im Saargebiet (zum Reichsparteitag 1925 veröffentlicht). Den Genossen Schlicht interessiert das nicht. Er lächelt den Laden anders, auf eine linke Kindertränkeleiweise. Nachdem er daraufgelegt hat, daß seit Jahren in Deutsch- und Polnisches Oberschlesien eine schwere wirtschaftliche Krise herrscht, erzählt er uns mit wichtiger Miene:

„Diese Gleichartigkeit der Lage des Industriegebietes (beiderseits der Grenze) hat wesentlich dazu beigetragen, die nationalitätlichen Stimmungen zu überwinden.“ Damit entpuppt er sich endlich einmal als wackelnder Anhänger der Spontanitäts-Theorie. Unter Aufkündigung der entscheidenden Rolle, welche unsere Partei gespielt hat, verläßt er die Entwicklung der Massen aus der „Gleichartigkeit der Lage“ zu erklären.

Jeder Genosse, auch wenn er kein großer Theoretiker ist, wird es befehlen, daß genau das Umgekehrte der Fall war. Gerade die Krise auf beiden Seiten der Grenze führt automatisch zu einer beiderseitigen maßlosen nationalitätlichen Aufpeilung der Arbeiter und Bauern. Gerade in Zeiten der Krise, der Stilllegung von Werken, der Inflation und Teuerung, der großen wirtschaftlichen Kämpfe löbt der Nationalismus wilder denn je, das hat mit schlagender Deutlichkeit die Ostpreußen-Ausweisung bewiesen. Wenn es also gelungen ist, den besten Kern der Arbeiter und der armen Bauern vom nationalitätlichen Nebel zu befreien, so ist dies nicht wesentlich der Gleichartigkeit der Lage zu verdanken, sondern in erster, zweiter und dritter Linie der eifernen, selbstbewussten Anstrengung und Wachsamkeit der Partei beiderseits der Grenze.

Die Partei verstand ihre einseitige Stellung nicht etwa der „Günst der Verhältnisse“. So einfach „läßt sich“ die nationale Frage denn doch nicht. Die Partei hat ihren Einfluß wegen der Nationalismus-krise der letzten wirtschaftlichen Krisen behauptet und gestärkt, weil sie in den schwersten Tagen der Weltwirtschaftskrise nicht für die imperialistischen Polen, nicht für die imperialistischen Deutschen, auch nicht für Herrn Levis Partei Stimmungen hätte herbeiführen können, sondern wie sie erklärte: Wir Arbeiter haben ein imperiales Europa, ein Vaterland. Wir werden dieses ganze Reich nicht aufgeben, wir werden es behaupten. Wir kämpfen nicht mit ab. Das war die einzige Möglichkeit, ein lazes kommunistisches Gebot zu bewahren und die politische Atmosphäre zu säubern. In dieser Aktion verlor die U.S.P. Bunde im Körper der K.P.D. endgültig die fortgeschrittenen und nationalitätlich vergriffenen Elemente verloren die Partei. Es begann der Prozeß der Bildung eines leinheitslosen Kerns in der Theorie und Praxis.

Sozial in dieser Frage, die noch gründlich erläutert werden muß von den Genossen, die noch mehr charakteristisches Material beibringen und die Frage aus eigener Anschauung kennen.

V. Die nationale Frage.

Wir müssen nun zeigen, daß Genosse Schlicht unsere gemeinsame Arbeit beharrlich und innerlichlich teilweise. So behandelt er und die Arbeit unter den Bauern unter dem Gesichtswinkel: es ist noch gar nicht genug, alles liegt noch vor uns. Aber er zeigt nicht nur, daß es sich um einen Kampf um es um geht, er zeigt auch, daß er davon die Verantwortlichen zwischen Arbeitern und Bauern seinen Dank hat.

Wenig die die Brandler-Zentrale, so stellt er uns für Oberlehrer die Frage: Ist man mit dem Parteigangnationalen Charakter dieser Organisationen ein bürokratisches Programm geben und dem für die Anforderungen der Bauern im großen. Denn der Bauer hat Land, er hat eine Organisation, er will „praktisch“ werden, was die Organisation ist. Diese primitive „Organisation des Bauernkampfes“ ist in Oberdeutschland theoretisch und praktisch überwunden. An ihre Stelle ist die leinheitslose Fragestellung getreten und der Weg zur Lösung bereitgestellt worden. Diese Arbeit kann nicht „nationalitätlich“ geteilt werden. Sie kann nur von „Klassenkämpfern“ und genauer vom Standpunkt des proletarischen Klassenkampfes aus betrachtet werden. Denn lautet ihr nach: Bauern angeführt ist: Sind die revolutionären Möglichkeiten, die in der Bauernkraft (Mannern) bereits existiert, oder besteht Aussicht der Möglichkeiten für die proletarische Revolution zu organisieren und die am stärksten ausgebeutete Mehrheit der Bauernschaft aus der Reitere der Bourgeoisie in die Reihen des Proletariats nach seinen Verbündeten zu verwandeln? — Wenn man die Frage so stellt, dann gelangt man folgerichtig zu ganz einfachen, aber entscheidend wichtigen Schlüssen für die praktische Arbeit.

1. Das Bauernproletariat muß über die Bedeutung der Bauernschaft aufgeklärt werden. Der aus dem Kriege hervorgehende Gegenstand der Ausbeuter in Stadt und Land muß beleuchtet werden.

2. Die Bauernschaft muß in irgend einer (sehr notwendig überlegten) Weise zusammengeführt werden (dies Organisations-, Abkommenvereinbarungen, Bauernvereinigungen, Bauern-Delegationen-Konferenzen, sehr Organisations- und bei höherem Kommunismus-Gang). Wir müssen ihr Vertrauen gewinnen durch Unterstützung der gerechten Forderungen. Der Sozialistischen Kleinbauern, Pächtern, Siedler, einerseits, Großbauern und Großgutsbesitzern andererseits muß erweitert und vertieft werden.

Darüber hinaus kann man sich mit einiger Nähe bei Schlicht zusammenzufassen. Denn in er am Ende eines Satzes, obgleich ist die leinheitslose Aufgabe beginnt, nämlich:

3. Wir müssen die Bauern von der historischen und alltäglichen Bedeutung des proletarischen Klassenkampfes unterrichten, wir müssen den Bauern unter allen Umständen die historische Rolle der Arbeiterklasse klar machen. Der Genosse Schlicht hat eine Reimigkeit „vergessen“ zu sagen. Das Ziel unserer Arbeit ist nicht, daß wir Sonntags auf die Dörfer laufen und die Bauern in ihrem Kampf unterstützen. Das ist das Mittel, mit dem wir uns im Vertrauen nähern, und das müssen wir selbstverständlich befolgen mit den Basis großer Anstrengungen. Unter eigentliches Ziel ist den Bauern aus einer Reihe der Bourgeoisie und des Landbesitzes zu einer Reitere und Verbündeten des Proletariats und der

Kommunistischen Partei zu machen. In der Zeit, die die Bauernschaft so weit bringen, daß sie die den dauernden alltäglichen Kampf des Proletariats nicht nur moralisch, sondern materiell und aktiv unterstützen.

Jede andere Perspektive ist halb und falsch und unkenntlich! — Haben wir schon ein paar Schritte zu diesem Ziel gemacht? — Jawohl. Wir erinnern uns noch, die Genosse Antel auf dem Bauernkongress in Duppeln eine im Kern durchaus bolschewistische Rede über die kämpfende Einheitsfront der Arbeiter und Bauern hielt. Wir wissen, wie die Abgeordneten des Ernährungsausschusses von den Bauern Kartoffeln, Getreide und Mehl erhielten.

Für was haben die anfaßten Bauern damals, Genossen? Für den Klassenkampf! Sie waren bereit, so viel zu geben, daß die Arbeitgeber Lärm schlagen und die gesonnenen Regierungsinfluenzen unsere Sammler verhaften und die Sammlungen abschlagen.

In dieser Aktion haben wir auf das engste mit dem Siedler- und Pächterbund zusammengearbeitet; er war auf dem von der Partei und den Betriebsräten einberufenen Bauernkongress offiziell und mit einem Referat vertreten.

Über all diese Taten ist der Genosse Schlicht damals unterrichtet worden. Entweder er hat sie vergessen — dann soll er die Vollkraft an den Nagel hängen, oder er hat sie mit Rücksicht verweigert — dann hat er sich schwer an der Partei veründigt, die bisher immer noch zögernd und oft vergeblich verweist hat, die ersten Schritte zu tun.

Eine ganz andere Frage ist es, ob die Partei imstande war, ihre damaligen Erfolge gründlich und tief auszunutzen. Man kann nicht immer „kämpfende Einheitsfront“ im bürokratischen Sinne des Wortes zustande bringen, denn alle Tage ist nicht Generalstreik. Aber die Prinzipien bleiben sich gleich, wenn auch die Taktik und die Methoden oft wechseln.

Schlesische Rundschau

Katzen. (Wenig die Eltern in Arbeit sind.) Circa 1000 Katzen sind die achtzigjährige Tochter eines Chauffeurs wärter aus Ollendorf. Das Kind hatte in Abwesenheit der Eltern mit Feuer gespielt, wobei die Kleider in Brand geraten waren. Die Angst war das Kind ins Bett geschleift, das sofort Feuer fing. Nur mit Mühe konnte man das Kind aus sich greißender Furchen herausholen. Das Kind trug schwere Brandwunden davon, an denen Folgen es stark.

Erzieher. (Aus Schwäche zusammengebrochen.) Den Tod wird 1911 laut die fast 20 Jahre alte Witwe Karoline Grub. Da die alte Frau nicht gesehen wurde, drang man gewaltsam in die Wohnung, die mit Gas gefüllt war. Eine Wunde am Kopf läßt darauf schließen, daß die alte Frau bei der Bereinigung der Mahlzeit vor einem Anstoßlein bestanden und zu Boden gestürzt ist, während die Flamme durch das offene Fenster weiter verbreitet und das Gas ungebremst ausströmte. — Obige Frau, die einer bürgerlichen Zeitungsredaktion in Hingel sehr harmlos. Vergessen wird, daß

die Achtstündige aus Erziehung und Schwäche zusammengebrochen ist.

Langenbielau. (Es werden immer mehr.) In den letzten Hälfte des Oktober wurden sieben weitere Fälle von Diphtherieerkrankungen gemeldet. Gegenwärtig liegen in beiden Krankenhäusern 14 Personen danteder. Ingesamt sind in diesem Jahre gegen 130 Personen erkrankt. In den letzten Tagen sind noch zwei Frauen als Diphtherieerkrankte gemeldet worden. Zu den Opfern der Schlagadererkrankung auf der Zechen-Hofland bei Gellenskirchen zählt auch ein Langenbielauer, der 24 Jahre alte Bergarbeiter Paul Schöneider. Die Leiche wurde am Sonntag in Langenbielau befristet.

Frankfurt. Der Bierkäufer Gätling von der Firma Weidner wurde auf einer Geschäftsreise kopfüber von seinem Rucksack, erlitt einen doppelten Schädelbruch und verstarb darauf.

Schweidnitz. (Wie sie rase!) Von einem Automobil überfahren wurde gestern die 39 Jahre alte Renteneinsparerin Pauline Sporn. Sie erlitt so schwere Verletzungen, daß bald der Tod eintrat.

Frankenstein. Es wird immer rührender. Die „Goldene Hochzeit“ begingen in Follmersdorf der Landwirt Wilhelm Wlitz und Ehefrau. Händenburg fandte aus diesem Anlaß seinem alten Kriegskameraden von 1870/71 unter Befugung eines Geschenktes persönlich seine Glückwünsche. — Händenburg scheint wenig zu tun zu haben. Werderennen, Denkmalserrichtungen, Glückwünsche und nun — Geschenk. Aber über die Art des Geschenktes herrscht eifriges Schweigen. Vielleicht ein Bild? —

Hirschberg. Eine geborstene Säule der G.P.D. In der Geschäftsführung der Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes sind durch eine Revision erhebliche Veruntreuungen aufgedeckt worden. Der Geschäftsführer Ewald Grulms ist seiner Stellung enthoben worden. — Hier taucht ein Kleiner nach großen Vorbildern. — Frei Heil!

Krapitz. Vom Starkstrom getötet. Vorige Woche ist der 21jährige Monteure Grünner aus Königshütte tödlich verunglückt. Er sah die Hochspannungsleitung auf der Oberstraße nach und berührte beim Absteigen einen mit 3800 Volt geladenen Leitungsdraht. Er wurde sofort getötet und fiel von der Leiter auf das Pflaster herab.

Schönberg. Wieder ein Opfer. Auf der Höhen-Sollerngrube wurde der Füller Moiss Kuballa aus Friedenshütte von herabsitzenden Kesselmatten verschüttet und erlitt einen Bruch der Wirbelsäule. Sein Zustand ist hoffnungslos.

Rosenberg. Fallgeld. In der hiesigen Stadt und in mehreren Dörfern des Kreises ist in letzter Zeit Fallgeld im Umlauf gesetzt worden. Meist sind es nachgemachte Zweimarkstücke.

Verantwortlich für den gesamten Text: Kurt Erbe, Breslau. Für die Inserate: Arthur Müller, Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft, O. m. b. H., Breslau. Druck: Neubaug-Berlin, Druckerereifabrik Breslau.

Schauspielhaus
Operettenbühne
Telephon Ring 2545

Wagner
Zuglich 8 Uhr
Achtzehn Walter Jaakahn
Wiener Blut

Stadt-Theater
Telephon Ring 1254 u. 6815

Spielplan vom 8. Nov. bis 15. Nov.

Donnerstag, den 8. November, nachm. 3 Uhr
Nachmittagsspielstellung zu kleiner Freizeitspiel
Madame
abends 8 Uhr
Zielfahrt

Freitag, den 9. November, abds. 8 Uhr
Salome

Dienstag, den 10. November, abds. 7 1/2 Uhr
Die lustigen Weiber von Windsor

Mittwoch, den 11. November, abds. 7 1/2 Uhr
Vorstellung zu erwägigen Freizeitspiel
Der die ende Holländer

Donnerstag, den 12. Nov., abends 7 1/2 Uhr
Judith und die vierzig Räuber

Freitag, den 13. November, abends 7 1/2 Uhr
Der Freischütz

Sonntag, den 14. Nov., abds. 7 1/2 Uhr
Erstausführung **Jenny**

Sonntag, den 15. Nov., vorm. 11 1/2 Uhr
3. (musikalische) Morgenfeier
„Metaphysik“ (König)
abends 7 1/2 Uhr
Judith und die vierzig Räuber

Heinrich Sindermann
Altwasser
Weiß-, Woll- u. Schnittwaren

R. Königsberger
Landeshut i. Schlef.

Lieblich-Theater
Telephon Ring 1646

Montag November 8 Uhr
Zum 1. Male in Europa!
Adrian Singels
10 Elefanten

Brüder Rigoletto
u. Schweitern swanson in ihrer amerikanischen Schau
Barbelle
Das Wunder am Drahtseil und Trapez

Nex Stamer
Der künftige Komiker
Elli und Kabi Bitter
Prima-Kallerinnen vom Palace-Theater New-York
Karl Edlar
Der rätselhafte Redner
Andrea und Theo
Exzentrikt-akrobat.
Canzencapit
Arthur Klein
-Familie
„Das explodierende Motorrad“
Will Cummin
Komischer Jongleur
Werner Amaras-Comp.
Ein phantastischer Studentenklub

Heinrich Sindermann
Altwasser
Weiß-, Woll- u. Schnittwaren

R. Königsberger
Landeshut i. Schlef.

Lobe-Theater

Montag, 9. November abends 8 Uhr „Ueberfahrt“
Dienstag, 10. November abends 8 Uhr „Ueberfahrt“
Mittwoch, 11. November nachm. 3 1/2 Uhr „Geschwister“ v. Goethe „Apostelspiel“ von Weill
Mittwoch, 11. November abends 8 Uhr „Ueberfahrt“
Donnerstag, 12. November abends 8 Uhr „Ueberfahrt“
Freitag, 13. November abends 8 Uhr „Ueberfahrt“
Sonntag, 14. November abends 8 Uhr „Don Carlos, Infant von Spanien“
Sonntag, 15. November nachm. 3 Uhr „Der Kreislauf“
Sonntag, 15. November abends 8 Uhr „Don Carlos, Infant von Spanien“

Thalia-Theater

Montag, 9. und Dienstag, 10. November, 8 Uhr Gasspiel Max Ballenberg „Familie Schimmel“
Mittwoch, 11. November abends 8 Uhr Gasspiel Max Ballenberg „Zum 1. Male“
Donnerstag, 12. Novbr. abends 8 Uhr Gasspiel Max Ballenberg „Der Herr Minister“
Freitag, 13. November abends 8 Uhr Gasspiel Max Ballenberg „Der Herr Minister“
Sonntag, 14. Novbr. abends 8 Uhr Gasspiel Max Ballenberg „Zum 1. Male“
Sonntag, 15. November abends 8 Uhr Gasspiel Max Ballenberg „Die Dampfmaschine“

Der gute Roman für proletarische Leser

Ein Arbeitermädchel

Der Roman einer Illusion
Von Otto Müller Glöck

Die weiblichen Genossen einer jungen Arbeiterin, die mit ihrem proletarischen Schicksal verbundenen Kämpfe, Entbehrungen und großen Enttäuschungen, sind einem proletarischen Arbeiter, dem seine Scham gepreßt und zu einer politischen Bewegung herausgeführt. Dieser „Roman einer Arbeiterin“ ist keine gewöhnliche, sondern eine politische, die der Arbeiterklasse gewidmet ist; deshalb sollte er in Millionen Exemplaren von Arbeitermädchen und Frauen, Müttern und Vätern gelesen werden.

Der kurze Buch kostet beizumessen, mit Übersetzung, nur 2,- Mark und ist in jeder Buchhandlung, in jeder Arbeiter- und Volkshausbibliothek, oder direkt beim Verlag.

Kohnhauser Verlag, Rauhputz a. Main

Beihoff's Gaststätte Rehdiger Str. 10

Jeden Sonntag
vormittags 11 — 1 Uhr und ab abends 7 Uhr
musikal. Unterhaltung
Gutgepflegte Biere und Getränke
Jeden Sonnabend u. Sonntag Eisbeisessen
Hugo Bach, Oekonom

Locales

Die „billigen“ Semmeln

Ein Beitrag an der arbeitenden Bevölkerung. In der vergangenen Woche war die Breslauer Bevölkerung infolge eines aus der Reihe tanzenden Mißgates gequält, den Preis für Semmeln von 5 auf 4 Pfg. herabzusetzen. Wer aber glaubt, daß mit dieser sogenannten Preisherabsetzung eine wirkliche Verbilligung der Semmeln erfolgen würde, der würde sehr schnell enttäuscht. Wie uns mitgeteilt wird, ist die 4-Pfg.-Semmel von geringerem Gewicht, außerdem haben einige Bäckereimeister bereits zwei Sorten von Semmeln, nämlich zu 4 Pfg. und größere zu 5 Pfg. in den Handel gebracht. Die 5-Pfg.-Semmel ist natürlich nicht größer als sie vor der Preisverbilligung war, so daß der ganze Schwindel hier offen zutage tritt. Die arbeitende Bevölkerung muß daher ganz energisch eine Herabsetzung des Semmelpreises fordern, zumal jetzt nach der guten Ernte die Möglichkeit hierzu vorhanden ist. Der Fortschrittler für eine Semmel betrug betamlich 3 Pfg. Wenn die Behörden ihre Pflicht tun und es mit der von ihnen so oft behaupteten Preisensenkung ernst nehmen würden, müßte der Höchstpreis für eine Semmel amtlich auf 3 Pfg. festgesetzt werden.

Wiedermal der Gummitüppel gegen Arbeiterdemonstrationen

Zu dem gestern gemeldeten Zusammenstoß zwischen Schupo und Teilnehmern an der Revolutionsfeier wird uns noch folgendes berichtet: Die Gensdarmen der inneren Stadt wollten, nachdem der Zug längst aufgelöst war, durch die Unterführung an der Unipoststraße nach der inneren Stadt in ihre Wohnungen. Obwohl von einer Verhinderung durch die Polizei keine Rede sein konnte, trat die Schupo in provokatorischer Weise den Arbeitern entgegen. Sie verführte die Arbeiter die Durchgänge hinunter zu drängen und schlug mit Gummitüppeln auf die Arbeiter ein. Einige besonders provokatorische Schupoleute zogen gar ohne einen Befehl abzuwarten, den Revolver. Nur der Besonnenheit und Disziplin der Arbeiter ist es zu verdanken, daß es nicht zu Blutvergießen kam. Wir fragen den Herrn Polizeipräsidenten Kleibörner, ob er ein solch provokatorisches Verhalten seiner Beamten deckt?

554924 Einwohner in Breslau

Ergebnis der Volkszählung 1925. Mitteilung des Statistischen Amtes.

Nach Mitteilung des Preussischen Statistischen Landesamtes sind bei der Volkszählung vom 16. Juni 1925 als hier anwesend gezählt worden: 550 813 Personen. Läßt man die vorübergehend Anwesenden weg, und zählt die vorübergehend Abwesenden zu, ergibt man also die sogenannte Wohnbevölkerung, so kommt man auf 554 801 Personen. Auch diese Zahlen sind noch nicht endgültig, da einzelne Nachträge sie noch ändern können. Aber jedenfalls wird das nur in unbedeutendem Maße geschehen. Es ergibt sich somit ein sehr großer Ausfall gegen die Fortschreibung. Denn nach dieser betrug die Einwohnerzahl Breslaus am 15. Juni 1925: 575 047. Diese Zahl ist also zu hoch um: 20 246. Eine so große Abweichung zwischen Zählung und Fortschreibung haben wir seit langem in Breslau nicht zu verzeichnen gehabt. Die Volkszählung von 1910 ergab 5829 Personen weniger als die Fortschreibung, und das erschien damals schon eine hohe Differenz. Die von 1919, welche am 8. Oktober stattfand, passte sogar mit 528 316 sehr gut zur Fortschreibung. Wenn diese ergab für Ende September 3919 weniger und für Ende Oktober 3007 mehr. Ihre Zahlen brachten also gar nicht nach dem Zählbefund geändert zu werden. Doch darf man darin kaum mehr sehen als eine Laune des Schicksals. Die heutige große Abweichung ist wohl zu einem wesentlichen Teil auf die Zwangsbewirtschaftung und die Proflante zurückzuführen. Damals hatte wohl die Bevölkerung ein bedeutendes Interesse daran, jeden Zug zu melden, aber das Interesse an den Abmeldungen war nur bei denen vorhanden, die sich ohne Abmeldebchein anderwärts kein Brot beschaffen konnten. Und das mußte den sichtbaren Bevölkerungsstand in die Höhe treiben. Auf Grund dieser neuen Fortschreibung berechnen wir die Einwohnerzahl für den 1. Oktober 1925 auf 554 924 Köpfe.

Die nächste Stadtverordneten-Versammlung

die am 12. d. Mts. stattfindet, wird sich mit folgenden Vorlagen befassen: Umarbeitung der Matratzen im Gensdarmheim Weidenhof; Beschaffung von Elektrogeräten für den Schlachthof; Gutachten der Ausschüsse II und III über den Ausbau der evangelischen Realschule I zur Oberrealschule; Gutachten des Ausschusses V über Erlass einer Ortsfakung gegen die Verunstaltung der Kaiserstraße; Antrag auf Verleihung der Liebigstraße in ordnungsmäßigen Zustand; Herstellung eines Bieraufzuges und eines Anrichterraumes im Schweidnitzer Keller.

Zur Propaganda

und zum Massenverkauf während der Werbekampagne für die Rote Hilfe, vom 10.—16. eignen sich besonders folgende billige Broschüren:

„Geißt den Kindern. Preis 25 Pf. Das ist eine Broschüre, die Abbildungen von den Rote-Hilfe-Kinderheimen Worsweide und Elgersburg bringt. Sie lehrt die Solidarität der Arbeiterklasse gegenüber den Kindern und die Schranken, die unsere Kinderheime von republikanischen Behörden zu erdulden hat.“
Die gefährdete Staatsicherheit. Preis 10 Pf. Die Broschüre gibt eine Inhaltsangabe des Rote-Hilfe-Films, von dem verschiedene Szenen von der staatlichen Zensurstelle gestrichen wurden.
500. Der besserhabende Bauernaufstand von Lutar-Bunar vor Gericht. Preis 15 Pf. Hier werden die Leiden der besserhabenden Bauern geschildert. Die Broschüre entrollt ein Schreckensbild der rumänischen weißen Justiz.
Alle Broschüren sind zu beziehen durch die Funktionäre der Roten Hilfe und durch den Bezirksvorstand in Breslau, Am Rathaus 7.

Bobetheater

„Don Carlos“ von Friedrich Schiller. Daß die Bemerkung und der Erfolg eines Dramas bei dem Publikum nicht allein von seinem ästhetischen Wert oder Inhalt abhängt, sondern daß dabei auch die klassenmäßige Struktur einer Gesellschaft eine Rolle, und zwar eine überaus wichtige und entscheidende Rolle spielt, kann kaum an einem dramatischer besser illustriert werden als an Schiller. „Don Carlos“ war Anfang bis Mitte des 19. Jahrhunderts, als in Deutschland zwischen den alten Feudalmächten und dem impudierenden Bürgertum um Herrschaft und um Freiheit ward gerungen, eines der Hauptstücke an den deutschen

Technische Nothilfe und Schutz gegen streifende Brauereiarbeiter

Breslau, 10. November.

Am Sonnabendnachmittag sind die Arbeiter der Brauereien Saale, Engelhardt, Rabe und Schulze in den Streik getreten. Ueber die Ursachen des Streikes veröffentlichen die beteiligten Organisationen folgende Erklärung.

Das bestehende Lohnabkommen vom 23. August 1925 wurde unter Einwirkung einer Forderung von 4 M. festgesetzt. In der Verhandlung, die darauf stattgefunden hat, brachte der Syndikus zum Ausdruck, daß die Forderung auf Neuverrechnung der Löhne durch nichts begründet wäre, da in den letzten Monaten eine Verbilligung der Lebenshaltungskosten eingetreten sei.

Es zeigte sich hier übrigens mit aller Deutlichkeit, daß der Arbeitgeberverband Schlesischer Brauereien von vornherein nicht gewillt war, auf dem Wege der freien Vereinbarung zum Ziele zu kommen, da er zu dieser Verhandlung nur eine kleine Kommission, bestehend aus drei Herren, bestimmt hatte. Diese war mit wenig Vollmacht versehen und machte uns den Vorschlag, die Löhne weiter laufen zu lassen, und zwar bis zum 31. Dezember.

Eine Einigung kam nicht zustande. Eine Sitzung der Funktionäre lehnte die Vorschläge der Unternehmer ab und beauftragte die Organisationen, den Instanzenweg zu gehen, der uns im Tarifvertrage vorgezeichnet ist.

Da nicht nur die Breslauer, sondern auch die Provinzbrauereien diesem Vertrag unterliegen, beantragte die Organisation beim Schlichter für Niederschlesien, um den Instanzenweg zu kürzen, daß er auf Grund der Schlichtungsordnung die Parteien laden solle. Dies wurde stattgegeben. Die Verhandlung brachte kein Ergebnis und der Schlichter beauftragte die Parteien, nochmals zu verhandeln. Sollte diese zu keinem Ergebnis führen, würde dann in einer Schlichterkammer der Schiedspruch gefällt werden.

In einer von über 800 Brauereiarbeitern gut besuchten Versammlung wurde zu diesen Fragen Stellung genommen. Mit Entrüstung stellte die Versammlung fest, daß die Brauereien nicht geneigt sind, den berechtigten Forderungen der Arbeiter nachzukommen.

Von den Unternehmern wurde eine Verhandlung auf Sonnabend, den 7. November, zugesagt. Die Organisation verhandelte hiervon den Schlichter. Von diesem wurde, falls die Parteien nicht einig werden sollten, die Schlichterkammer für Sonntag vormittag 10 Uhr geladen.

Darauf teilte der Syndikus Dr. Rosenberger der Organisation mit, daß der Verein Schlesischer Brauereien in seiner Versammlung am Freitag beschlossen hatte, die freie Verhandlung ausfallen zu lassen, weil sie aussichtslos wäre, und sie ihren Herren nicht zumuten könnten, an zwei hintereinander folgenden Tagen zur Verhandlung zu erscheinen.

Aus dem Beschluß der Arbeitgeber geht hervor, daß sie nicht gewillt sind, die Bestimmungen des Tarifvertrages inne-

zuhalten und daß sie auch die amtlichen Maßnahmen des Schlichters nicht befolgen wollen.

Da die Abstimmung bei den Brauereiarbeitern für den Streik eine überwiegende Zweidrittel-Mehrheit ergab, gab es keinen anderen Weg, als diesen zu proklamieren. Die Brauereien hatten nichts Besseres zu tun, als beim Herrn Oberregierungsrat Adam die technische Nothilfe zu beantragen. Herr Regierungsrat Dr. Müller-Wedner, der die Organisation von diesem Antrage verständigt erklärte, daß ihm die Maßnahme vorzuziehen sei, falls nur die Nothilfearbeiten bewerkstelligt werden könnten. Wir zeigen uns gegenwärtig, indem wir erklären, daß wir bereit sind, auf Antrag zu verhandeln, um eine Klärung der Nothilfearbeiten herbeizuführen.

Die technische Nothilfe wird trotzdem eingeleitet werden. Für die beteiligten Organisationen: Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands, Ortsverein Breslau.

Gestützt auf den Pakt zwischen Unternehmen und Regierung, gestützt auf technische Nothilfe, Schupo und andere demagogische Einrichtungen, nützlich die Brauereien gegen tausend Arbeiter, die sich der Streik bereits auf die Provinz ausbreiten, haben ihre Drohung, die technische Nothilfe einzubringen, gestern wahr gemacht und in Breslau hundert Streikbrecher der technischen Nothilfe in die Betriebe geschickt. Auf jeden Betrieb sind 25 Mann dieser staatlichen Streikbrecher-Gesellschaft verteilt worden. Anstatt eines solchen provokatorischen Vorgehens der Schupo-Verbands im Brauereiarbeiterverbandes ungenügend. Warum entschuldigt sich die Verbandführung vor der Öffentlichkeit damit, daß es keinen anderen Weg gab, als den Streik zu proklamieren? Warum hat sie sich nicht sofort an das Obergericht des IWB, gewandt, um den Boykott der Werke der bestreikten Brauereien durchzuführen? Dieser Boykott der Werke der bestreikten Brauereien hat bisher immer als ein sehr wirksames Kampfmittel erwiesen. Ferner muß die gesamte schlesische Arbeiterkraft zum Protest gegen die Verwendung der Nothilfestreikbrecher — die von der Schupo geschickt werden — aufgerufen werden. Hier stehen nicht nur die Interessen der Brauereiarbeiter, sondern die letzter elementarsten Rechte aller um höheren Lohn kämpfenden Arbeiter auf dem Spiel. Die Regierung begnügt sich jetzt nicht mehr damit, den Schlichtern die Ablehnung jeder Lohnforderung zu befahlen, sondern fällt den kämpfenden Arbeitern durch Terror und Schupo in den Rücken. Diese Entsetzung der staatlichen Nothilfe gegen die um 4 Mark Lohnerhöhung kämpfenden Brauereiarbeiter muß den Protest der gesamten Breslauer Arbeiterschaft hervorrufen.

Bühnen, und Partell und Galerie jubelten vor Begeisterung, wenn der „liberale“ Marquis Wola seine geschwollenen Deklamationen über Freiheit und Menschenwürde an den finsternen Thronen des Philipp richtete. Das Bürgertum, auf dem noch die Schatten der alten überlieferten, religiös-feudalen Weltanschauung lasteten, die durch die Kritik der reinen Vernunft von seinen Vertretern verdrängt werden mußten, erkannte in der bekümmerten Bitte des Marquis: „Sire, gehen Sie Gedankensfreiheit“ seine eigenen politischen Wünsche und Forderungen.

Doch eben das, was einst den „Don Carlos“ zu einem Lieblingsstück des deutschen Bürgertums im Vormärz machte, der raitte, liberale Aufklärung des Marquis, die dahinstreichenden schönen Freiheitsphrasen lassen heute den klassenbewußten Arbeiter kalt, die hinter dem bloßen Wortgellingel die Begriffe, den realen Klasseninhalt zu sehen gewohnt ist. Kommt noch hinzu die unlogische, überaus verworrene Handlung, die verabschiedeten sich kreuzenden Fabeln des Stückes, so ist es verständlich, daß das Publikum trotz der Streichungen und der geschickten Herausarbeitung der Hauptgegenstände, vorzeiten ermüdete, wie es im Bobetheater der Fall war.

Die Hauptrolle des Don Carlos wurde von Herrn Lederer gespielt, der aber sehr oft über die Schillerischen Fanden stolperte und sich allzuoft in leeren Pathos verlor. Dem Wola gab Herr Kajael über Erwarten herrlich und zurückgehalten und den König Philipp spielte Arnfeld wie sonst üblich nicht mit despotischer Willkür, sondern mit menschlicher Tragik aus. Der Beifall der Zuhörer war keineswegs überwältigend.

Breslauer Volkstheater. Für Wallenbergs Schauspiel im Schauspieltheater stehen den Mitgliedern der Volkstheater in der Beschäftigung Albrechtstraße 32, eine beschränkte Anzahl sehr ermäßigter Eintrittskarten zu der Vorstellung von „Familie Schimek“ am kommenden Sonntagnachmittag zur Verfügung.

Arbeitersport

Geländelauf des A.S. Germania 1897

Am letzten Sonntag veranstaltete obiger Verein einen internen Gelände- und Straßenlauf für seine Schüler, Jugend und Senioren. Aus der starken Gruppe der Schüler lieferten der Sieger Wenzel, der die ganze Strecke geführt hatte, und Wagenknecht ein überlegenes Rennen, das einen guten Durchschnitt zeigte, da von den übrigen Teilnehmern nur ein einziger aufgab. Am 11 Uhr erfolgte der Start der Jugend und Senioren an dem Schulgebäude an der Dorfstraße. Sportkollege Böhld I führte in flottem Tempo über Herber, Gabitz, Krawitzstraße auf die Umgehungsbahn zu, wo die Jugendläufer abbogen und durch die Siebung dem Ziel Dorfstraße zustrebten. Bei dem Seniorenlauf fiel der bisher führende Böhld I infolge Schwächeanfalls zurück und Sportkollege Koch führte in starkem Tempo weiter nach Gräbchen, die Gräbchener Straße nordwärts, Kopisch, Opperauer, Wieland, Keshdiger, Herber- und Dorfstraße, wo er das Rennen als Sieger beendete. Eine gute Leistung bot der Jugendgenosse Kowalewicz, der in den letzten zwei Kilometern gut aufkam und die vor ihm liegenden Läufer überholte und hinter dem ersten Sieger Koch einlief. Die Resultate der einzelnen Klassen sind folgende: Schüler 2,3 Kilometer: 1. Wenzel in 9,42 Minuten; 2. Wagenknecht in 9,47 Minuten; 3. Mühlste in 9,55 Minuten; 4. Guroi, 5. Flegel 6. Schubert. Jugend 3,2 Kilometer: 1. Hoffmann in 12,06 Minuten; 2. Neugebauer in 12,08 Minuten. Senioren 6,3 Kilometer: 1. Koch in 23 Minuten und 54 Sekunden; 2. Kowalewicz in 24,34 Minuten; 3. Heimlich 25,10 Min.; 4. Böhld I.

25.30 Min.; 5. Böhld I in 26 Minuten. — Als nächste sportliche Veranstaltung findet am 18. November 3 Uhr nachmittags (Bütag) das 3. Hallensportfest, verbunden mit Durchführung sämtlicher Zweige der Schwerathletik in der Turnhalle am Sauerbrunnen statt.

Notes Kartell Breslau

Dienstag abend 7 Uhr pünktlich im Parteisekretariat, Technikerstraße 50; Sitzung, zu der alle Fraktionsvorstände unbedingt erscheinen müssen. Thema: Unser Gewerkschaftstag am 11. November.

Alle Fraktionsvorstände besorgen im Laufe des Dienstag für die am Mittwochabend stattfindenden Fraktionsitzungen Lokale und melden diese am Dienstagabend dem Schriftführer des NK.

Parteiveranstaltungen

- Breslau: — Beirat West. Kassierer, welche noch nicht abgerechnet haben, werden ersucht, das abzurechnen. Ich erwarte, daß jeder Kassierer seiner Pflicht denocht ist.
- Beirat Süd. Dienstag, abends 7,30 Uhr, Funktionärenversammlung bei Brunnow, Hofstraßen 44.
- Beirat Süd. Freitag, pünktlich abends 7,30 Uhr im Lokal des Brunnow Hofstraßen 44 Begrüßung, Etikette, Bekleidungsregeln. Referent: Genosse Schabed, Altkassier. Die ausgegebenen Sammelzettel und Wahlfordernisse sind sofort in Umlauf zu setzen, und beim Kassierer abzurechnen.

Kommunistischer Jugend-Verband

- Breslau: — Mittwoch, abends 7,30 Uhr im Jugendbüro Sitzung aller Kassierer.
- Waldenburg. Ortsgr. Dienstag, abds. 6,30 Uhr Gelände im Stein-Ren. Waldenburg.

Roter Frontkämpfer-Bund

Breslau. Mittwoch, den 11. November, abends 7,30 Uhr im Lokal „Vesttag“, Thalbergstraße 10, wichtige Mitgliederversammlung, zu der von Seiten der Abteilungsleiter alles zu mobilisieren ist.

- Breslau: — Beirat Süd. Dienstag, abends 7,30 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal Bahnerstraße 44 Brunnow. Alles muß erscheinen.
- Beirat Süd. Donnerstag, abends 7,30 Uhr, Gruppenführer erscheinen um 7 Uhr mit den noch ausstehenden Kartellkarten und Sammelzettel.
- Gr. Gruppe Nord-Korbost. Dienstag, abends 7,30 Uhr im Lokal Wdlerstr. 7 Kamenischsabend. Sammelzettel mitbringen.
- Gr. Or. Feat Dienstag, abends 8 Uhr Gruppenversammlung. Alles muß erscheinen.
- Diegeln. Dienstag, abends 8 Uhr Mitgliederversammlung im „Reichsbote“.

Versammlungsanzeigen

Wir machen darauf aufmerksam, daß alle Eintrittskarten, die übrig geblieben sind, bis spätestens Dienstag, abends 7 Uhr im Sekretariat zurückgegeben, die verkauften Karten abgeholt werden müssen. Wer später abrechnet, muß für die ungenutzten Karten die Steuer bezahlen, da wir selbst am Mittwoch mit der Steuerbehörde verhandeln müssen. Bezirksleitung NKD, Schlesia. Gledan. Turnverein „Frei Will“. Durch Beschluß der letzten Mitgliederversammlung wurde die Wahlung von 1925/26 auf jeden ersten Sonntag im Monat festgesetzt. Arbeiter müssen jeden ersten Sonntag im Monat Mitgliederbeiträge einbringen. Jeder erste Sonntag im Monat Mitgliederbeiträge einbringen. Gledan. Gen. Dienstag, Krawitzstraße. Alle Arbeiter müssen teilnehmen. Rote Hilfe. Donnerstag, abends 7,30 Uhr Bezirksversammlung im Lokal Am Rathaus 7.1. Gledan. Stadtverordnetenfraktion und Kompol. Mittwoch, Dienstag, abends 7 Uhr Fraktionsitzung bei Wetz, Am Rathaus 7.1. Gledan.



Betrieb und Werkstatt

Bahnunterhaltungsarbeiter sind keine Walschweiber

Bahnhof Ruzhant.

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Auf Bahnhof Ruzhant wird für die bekannte Schenkerfrau eine neue gesucht. Da sich bis jetzt noch keine Schenkerfrau gemeldet hat, schickte Herr Inspektor Neuhahn seinen Adjutanten zum Stationsführer mit dem Auftrag, derselbe möge einen Kottensarbeiter zur Vertretung als Schenkerfrau der Station zur Verfügung stellen. Da sich aber von den Arbeitern keiner freiwillig meldete, konnte der Stationsführer auch keinen Kommandieren und überließ der Bahnhofsleiter Merzdorf die Entscheidung. Die Antwort war:

Meine Arbeiter sind keine Walschweiber!

Sollte Herr Neuhahn an Stelle eines Dienstmädchens eine Etüde der Hausfrau engagieren, dann wird sich sicher einer von uns Kottensarbeitern freiwillig melden.

Der harte Arm des Herrn Inspektors hat auch die Schenkerfrau nicht verschont. Er ließ durch seinen Adjutanten, genannt „Dienstbesitzer“, alle Räume und jede Kottensscheibe ausmessen, welche die Frau zu reinigen hat und stellte die Stunden fest, welche die Frau zum Reinigen eines Quadratkottens Fohboden sowie auch zum Putzen eines Quadratmeters Fensterglas braucht. Der auf Grund dieses wissenschaftlichen Schenkerplans aufzubauende Dienstplan der Schenkerfrau ergab nun, daß diese Frau zu all der Arbeit, welche von der früheren in einem ganzen Monat auszuführen wurde, jetzt nur noch 14 Tage Zeit bekommt, die ganze Arbeit also in einem Monat zweimal ausführen muß.

Nun sollte man annehmen, die Dame, abgesehen davon, daß sie gesund, denn ein großer Verdienst wird doch schon allein aus der Schenkerfrau herausgerückt.

Nun wird sich auch niemand mehr wundern, warum die Schenkerfrau auf Bahnhof Ruzhant häufig krank ist.

Die Kottensarbeiter wünschen den Herrn Inspektor nur empfinden, diese Arbeit mal viel Wochen eine Frau ausführen zu lassen.

Gartwirtschaft

Güterabfertigung West in Breslau.

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Die Anfahrtskosten der G.A.B. betragen in Bezug auf Reinigung jeder Bekleidung. Zu was aus die Straßen legen? Sind es doch nur Straßen, nach die Wege benützen. Bei Regenwetter bilden sich infolge der Schmutzanammlung Schlammpfützen welche bis an die Kniehöfen reichen. Am trübseligsten sieht sich die Straße des Abfuhrwegs am Schuppen. So mancher Arbeiter, welcher sich eine gute Kartoffel, welche er glücklich bekommt, abzuholen, muß mit fanger Sorge auf seine leeren schon sehr verunreinigten Stiefeln, ob sie noch einer derartigen Strapaze gewachsen sind.

Wie eine derartige Sauberkeit möglich war es doch wohl ebenfalls dem öffentlichen Verkehr dienen.

Die betrogenen Breslauer Straßenbahner

Ein entlassener Straßenbahner schreibt uns:

Die Betreibungen der Breslauer öffentlich organisierten Straßenbahner, beim Magistrat in ein festes Angestelltenverhältnis zu gelangen, sind täglich geistlicher, indem der Magistrat diese Frage mit 16 gegen 5 Stimmen auf ein weiteres Jahr vertagte. Will man die Bedeutung dieser Frage beleuchten, so muß ein kurzer Rückblick in der Straßenbahnerbewegung getan werden.

Im Jahre 1919 freilich die Breslauer Straßenbahner nach erreicht eine Lohnzulage, wie sie bisher, nach den Worten der Gewerkschaftsleitung, in keiner einzigen Stadt von ganz Deutschland erreicht worden ist. Dieses mag zutreffen, gemessen an den Löhnen der erst seit einigen Jahren beschäftigten Straßenbahner, welche tatsächlich bundsunterstellt bezahlt werden. Durch den Streik kam ein Einheitslohn für Jung und Alt zustande. Weiter fiel der Oberrichterspruch der Verwaltung. Die Front der Straßenbahner war sehr und gelockert. Diese gelockerte Front war dem Magistrat unangenehm. Der Magistrat ließ den Straßenbahner das Angestelltenverhältnis anbieten haben. Die Debatten der Kollegen über dieses waren äußerst lebhaft. Die wenigen Befürworter waren wenig alte Kollegen, denen das Einheitslohn ein Grauel war, weil die ein Jahr Beschäftigten dasselbe hatten, wie die 30-40 Jahre in Diensten stehenden. Die Jüngeren befürworteten die Wiedereinführung des Staffellohnes und die Aufrichtung des alten Ranggehaltes. Häufig der Gewerkschaft wäre es in diesem Meinungsstreit gewesen, einen klar formulierten Entwurf auszuarbeiten und dem Magistrat vorzulegen. Die freie Gewerkschaft überließ die Ausarbeitung des Entwurfs den deutschen Gewerkschaften und Demagogen, die die Angelegenheit benutzten um einen groß angelegten gewerkschaftlichen Streik für die Breslauer Gewerkschaft zu machen. Sie hatten dabei Erfolg. Die Folge war: Verdammung der Straßenbahner und nun die Ablehnung des Magistrats.

Bei der Betriebsratswahl vorigen Jahres erhielten die Vertreter der öffentlichen Gewerkschaft 6 Mandate, die freien nur 5. Bei der diesjährigen Wahl 6 zu 6. An der Spitze der öffentlichen stand ein sehr demagogischer Herr, Metzler. Dieser Mann war während der Kriegszeit Kontrollrat. In der revolutionären Zeit wurde die Verwaltung gezwungen, die

telles Amt zu entheben, weil er sich vor der Revolution sehr mißbeliebig gemacht hatte. Diesen Mann wählten sich die Christen als Betriebsratsvorsitzenden. Und es kam, was kommen mußte. Die Straßenbahner wurden keine Beamte, aber Betriebsratsvorsitzender Metzler wurde wieder Kontrollrat.

Zur selben Zeit machte man auch den langjährigen Betriebsratsvorsitzenden der freien Gewerkschaften, G. B. H. L. H., ebenfalls zum Herrn Kontrollrat. Es ist der G. B. H. L. H., welcher in den Versammlungen lante:

„Bleiben wir freie Arbeiter, behalten wir unser Einheitslohn!“

Das Tollste bei der Sache ist, daß beide Herren die Zusage von der Verwaltung, Kontrollrat zu werden, kurz vor der diesjährigen Betriebsratswahl in der Tasche gehabt haben dürften. Dessen ungeachtet fungierten sie als Spitzenkandidaten und am Tage der ersten Sitzung des neuen Betriebsrates verzichteten sie als Betriebsräte, weil beide zu Kontrollräten befördert wurden. Große Mißbilligung in der Belegschaft war über dieses Gebahren die Folge.

Genossen! Sendet Berichte aus den Betrieben

wurden. Große Mißbilligung in der Belegschaft war über dieses Gebahren die Folge.

Durch die Ablehnung bzw. Vertagung des Angestelltenverhältnisses seitens des Magistrats machen sich bei den christlich organisierten Kollegen Bestrebungen bemerkbar, in die freie Gewerkschaft zurückzukehren. Dabei werden sie durch die Erhöhung der Beiträge um 20 Pfennige abgestoßen.

Die freien Gewerkschaften müssen sich zur Aufgabe machen, alle Hindernisse, die der Herstellung der Einheitsfront der Ausgebeuteten im Wege stehen zu beseitigen.

Nicht heraus, sondern hinein in die freien Gewerkschaften! Macht euch Betriebsräte, die keine Samtmägenpolitik treiben, die aber in allerhöchster Kampfstellung die Interessen der Kollegen vertreten! Stellt euch nicht abseits, denn dadurch wird es nicht besser, sondern immer schlimmer. Die Erfahrung in der letzten Zeit dürfte es zur Genüge bewiesen haben.

Die Dames ohne scheint auch über Siegnitz

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Firma Sechanian und Star (Schleierwerk).

Seit einiger Zeit geht bei dieser Firma die Arbeit schlecht. Das Werk, das mit den Aga-Werken in Berlin in Verbindung steht, ist durch dessen Zusammenbruch in Mitleidenschaft gezogen worden. Nachdem vor einiger Zeit schon Entlassungen erfolgt waren, erklärte die Direktion am Freitag, den 23. Oktober rüchlich der Belegschaft, daß zur Lohnzahlung kein Geld vorhanden sei. Die Belegschaft trat daraufhin in passive Resistenz und forderte sofortige Lohnzahlung. Aber vergebens. Die Direktion erklärte, Montag den Lohn zahlen zu wollen. Die Belegschaft gab sich zufrieden mit dem Besprochen. Doch die Direktion der Kollegen warben um ein beträchtliches länger, als die Montag statt des Lohnes eine Abschlagszahlung von 15 bis 16 Mark erhielten. Die Belegschaft arbeitete trotzdem weiter bis zum 3. November, ohne einen Pfennig Geld zu erhalten. Am 3. November bekamen 22 Mann der Belegschaft statt des Lohnes Klagenzetteln in die Hand gedrückt.

Begehrißigkeit

Die begehrißige hiermit dem Arbeiter so und so, daß derselbe vom ... bis zum heutigen Tage in unserem Werk beschäftigt gewesen ist, und derselbe heute keine Arbeit wegen Arbeitsmangel unterbrochen wurde.

Siegnitz, 3. November 1925

Schleierwerk (Unterstützt.)

Jetzt liegt der größte Teil der Belegschaft auf der Straße und wartet bis heute noch auf ihren Lohn von den letzten 15 Tagen. Es ist eine unerhörte Frechheit, den Leuten ihren verdienten Lohn einfach vorzuenthalten und die Arbeiter auf der Straße zu werfen. Die Belegschaft muß sofort ihren Lohn für ihre Arbeit verlangen. Bei den Entlassungen ging es sehr nach Gust. Alle verheiratete Leute, die schon mehrere Jahre bei der Firma beschäftigt waren, wurden entlassen.

Firma „Ceres“

Vor längerer Zeit legte die Firma „Ceres“ A. S. mit einer Belegschaftstärke von 600 Mann, ihren ganzen Betrieb wegen Arbeitsmangel still. Jetzt geht diese noble Firma dazu über, langsam wieder Leute einzustellen. Aber nur solche, die sich lieb und geschmeichelt haben. Die Betriebsräte älterer Leute und die Gewerkschaftsvertreterinnen läßt man auf der Straße liegen, um sie dadurch zu machen.

Schindler

Die meisten Firmen der Holzindustrie arbeiten wegen Arbeitsmangel verstopft. So steht die Dames ohne aus, die nach der SPD über Deutschland aufgehen sollte.

„Herr, erlöse uns von diesem „Rebel““

Mit-Eisenerzeugung, G. m. b. H., Lagerplatz Götting.

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Die zwei Artikel, die vor einigen Wochen von uns veröffentlicht wurden, brachten den Herren manch schlaflose Nacht. Der aufmerksame Beobachter mußte damals feststellen, daß sie wie die betrübten Lohrgerber, denen die Felle fortgeschwommen waren, umherstapften. Seit allerdings ich will ihnen schon wieder der Ranzig ist doch das große „Rebel“ der „böse“ Kommunismus freiwillig vom Lagerplatz gegangen und eine „Anpöbelung“, wie sich der „Herr Hauptmann“ auszudrücken beliebt, in der Presse nicht mehr zu befürchten. Nun, sie haben die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Tagelang zerbrach man sich den Kopf, wie sie den Kollegen der als Kommunist besannt war und der nach Ansicht der „Herren“ die Artikel schrieb, loswerden konnten, da kam ihnen angeblich die Direktion Berlin zu Hilfe, die einen Abbau von 15 Mann verlangte.

„Um nun den Kommunisten nicht wieder Gelegenheit zu geben, zu behaupten, ich mache den Betrieb kommunistenfeindlich, sollen sich Leute freiwillig zum Abbau melden.“ So sprach Herr Weh, der ehemalige Polizeihauptmann. Es meldeten sich acht Kollegen, die die Nase voll hatten von diesem freiwilligen Zuchthaus, aber nur 5 Mann wurden wegen „Arbeitsmangel“ entlassen. Unter den drei Nichtentlassenen war ein Kriegsinvalid, der nach dem Gesetz nicht wegen Arbeitsmangel entlassen werden darf. Ein anderer Kollege, von Beruf Maler, der wegen epileptischer Anfälle seinem Beruf nicht nachgehen kann, ist für die „Herren“ unentbehrlich, weil sie in ihm einen billigen Fachmann haben zur Renovierung ihrer Wohnungen. Der dritte Kollege wurde am selben Tage nicht wegen „Arbeitsmangel“, sondern wegen „fremden Benehmens“ entlassen. Dieser Fall hat folgende Vorgeschichte: An einem Vorfrüh-Sonnabend hat dieser Kollege den „Obermeister“ um 3 Mk. Vorfrüh, da er für einen Tag noch seinen Lohn stehen hatte; jedoch nach Ansicht des Herrn „Obermeister“ waren 3 Mk. zuviel, er könne ihm nur 2 Mk. geben. Der Kollege hat dann, ihm wenigstens 2,50 Mark zu geben, aber dieser „Menschenfreund“ ließ sich nicht erweichen. Aber bei der Lohnzahlung mußte der Kollege feststellen, daß ihm nicht die gezahlten 2 Mark, sondern 2,50 Mk. in Abzug gebracht waren; er machte den „Obermeister“ darauf aufmerksam, ob er sich vielleicht geirrt habe, was dieser „Herr“ natürlich für ausgeschlossen hielt und als der Kollege sich in seiner berechtigten Forderung zu Neuierungen hinreißen ließ, die dem „Herrn“ nicht angemessen berührten, zahlte er ihm die 50 Pfennige aus, da er in seinem Recht war, aber er entließ ihn wegen „fremden Benehmens“.

Was die ganze Abbaumoddie anbelangt, war sie ein Mittel zum Zweck, den einen Kollegen loszuwerden. Aber ihr leit auf dem Holzwege, wenn ihr denkt, jetzt wieder ungeschoren machen zu können, wie ihr wollt; der Kommunismus lebt weiter an „Lagerplätzen“, er wird über euch machen wie zuvor. Der Tag wird kommen, wo eure „Herrlichkeit“ jämmerlich zusammenbrechen wird.

Um den Lohn geprellt

Weber in Dittersbach städt.

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Seit vielen Wochen sind einige Weber um ihr lauer verdienten Lohn betrogen worden, jeder in einer Woche um 70 Pf. bis 1. Mk. Einige Weber ließen sich das nicht gefallen und riefen den Verband an. Das Urteil lautete: Das Geld ist von Leuten zu zahlen. Aber der feine Betriebsleiter Gärding berief eine Versammlung ein und erzählte den Leuten, wenn sie auf die Nachzahlung verzichten, können sie 48 Stunden arbeiten, wenn nicht, dann nur 24 Stunden.

Er weiß gar nicht, was er den Leuten noch antun soll. Er verbietet den Arbeitern miteinander zu sprechen. Ich möchte die Arbeiter daran ermahnen, wie vor einem Jahr der Feigling die Worte gebrauchte:

„Arbeiter, helft mir! Ich habe auch eine Frau!“

Es hieß zu der Zeit, die Kommunisten wollen ihn umbringen. Der gebildete Herr macht sich nichts daraus, wenn der Betriebsrat mit einer Angelegenheit kommt. Da brüllt er ihn an wie ein Ochse.

Ich möchte die Arbeiterschaft bitten, dem Herrn mehr als die paar Pfennige zu geben, auf daß er noch dicker werde.

Reinfall des Herrn Ingenieurs

Firma Weissenberg in Schwedt.

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Reingefallen ist der hiesige Ingenieur Kuhn er bei der Firma Weissenberg. Dieser Herr, der alles andere zu Arbeiten einstellt, nur keine Kommunisten, scheint doch mal an den richtigen Kollegen geraten zu sein. Dieser Kollege hatte sich einen harmlosen Spaß mit seinen Arbeitskollegen erlaubt, indem er ihnen hinschrieb:

„Du darfst nicht soviel arbeiten!“

Darauf erfolgte fristlose Entlassung. Andere Kollegen haben sich derartige Maßnahmen gefallen lassen, nur dieser Schindler hatte es sich erlaubt, den Herrn Ingenieur beim Gewerbeamt zu verklagen und zwar auf Zahlung des gesamten Lohnes, das bis zur Verhandlung drei Wochenlöhne ausmachte und ebenfalls auf Wiedereinstellung. Der Ingenieur wurde verurteilt, daß rückständige Lohn zu zahlen und auch den Kollegen wieder einzustellen. Auf letzteres hat aber der Kollege geschwätzt, so daß die Entlassung wegen Arbeitsmangel erfolgte.

Zu wünschen wäre, daß sich sämtliche Kollegen bei dieser Ausbeuterfirma aufraffen und etwas Halbesbrotbrot machen, denn solch Antreiberystem besteht wohl selten in Schwedt als gerade bei der Firma Weissenberg.

Denkt an die politischen Gefangenen / hinein in die „Rote Hilfe“